

Ein Land ohne Kampfjets?

- 14.08.2020
- Tages-Anzeiger
- Jacqueline Büchi

Ein Land ohne Kampfjets? Abstimmung vom 27. September Sicherheitslücke in der Luft, Hilfe von Nachbarländern oder doch ein neuer Anlauf zur Beschaffung: Was geschieht, wenn das Stimmvolk die Flieger-Vorlage versenkt - fünf Szenarien. Jacqueline Büchi Militärflugplatz Meiringen: Die letzten F/A-18 Hornets dürften um das Jahr 2030 herum ausrangiert werden. Foto: Urs Flüeler «Es gibt keinen Plan B»: So unmissverständlich antwortete Verteidigungsministerin Viola Amherd (CVP) auf die Frage, wie es bei einem Nein zum Kampfjet-Referendum weitergeht. Ausgeschlossen ist ein Nein an der Urne aber keineswegs, wie die Tamedia-Umfrage zeigt.

Was also passiert, sollte das Stimmvolk den Kauf neuer Kampfflugzeuge erneut ablehnen? Fünf Szenarien: 1. Sicherheitslücke in der Luft Würden die alten Kampfjets nicht ersetzt, sei der Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen aus der Luft ab 2030 nicht mehr gewährleistet, warnt das Verteidigungsdepartement (VBS). In den letzten Jahrzehnten hat die Zahl der Jets, die in den Flugzeughangars der Schweizer Armee stehen, stetig abgenommen. Verfügte die Armee Ende der Siebzigerjahre über mehr als 400 Kampfjets, sind es derzeit noch 56. Darunter befinden sich 26 Maschinen des Typs F-5 Tiger.

Sie gelten als veraltet und sollen in den nächsten Jahren ausrangiert werden. Dazu kommen 30 Jets des Typs F/A-18 Hörnet. Sie dürften ihr Lebensende ums Jahr 2030 herum erreichen. Für den SVP-Sicherheitspolitiker und ehemaligen Berufsmilitärpiloten Thomas Hurter ist klar: «Ohne neue Kampfjets kann die Armee ihren Verteidigungsauftrag nicht mehr erfüllen. Eine Sicherheitslücke in der Luft wäre unvermeidlich.

» Anders als bei der Gripen-Abstimmung 2014 gehe es nun nicht um einen Teilersatz der Flotte, sondern um das Weiterbestehen der gesamten Luftwaffe. «Die ganze Armee würde infrage gestellt.» SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf widerspricht. «Selbstverständlich muss unser Luftraum geschützt sein. Wir wollen dafür aber eine smarte Lösung - und keine teuren Luxusjets eines noch unbekanntes Typs.

» Die Sozialdemokratin spricht sich unter anderem dafür aus, dass die bestehende F/A-18-Flotte geschont wird, sodass sie über das Jahr 2030 hinaus eingesetzt werden kann. 2. Nur noch Luftpolizei Die Gegner der Kampfjet-Beschaffung betonen, luftpolizeiliche Aufgaben - dazu gehört etwa die Überprüfung nicht identifizierter Flugzeuge sowie das Eskortieren ausländischer Staatsmaschinen - gelte es weiterhin zu erfüllen. Dafür reiche aber ein leichter Kampfjet, zum Beispiel ein südkoreanischer KAI T-50 Golden Eagle oder die M-346 FA von Leonardo. Seiler Graf sagt: «Mir ist es ein Anliegen, dass wir eine Luftpolizei haben, die robust ist.

» Komme es zu einzelnen militärischen Zwischenfällen, könnten leichte Kampfjets neben der bestehenden F/A-18-Flotte dafür ebenfalls eingesetzt werden: Das Szenario eines eigentlichen Luftkriegs sei in der Schweiz hingegen komplett unrealistisch. Das sieht Thomas Hurter anders: «Die weltpolitische Entwicklung ist unberechenbarer geworden. Wir können nicht ausschliessen, dass es auch in Europa wieder zu bewaffneten Konflikten kommt.» Mit einem «Trainingsflieger» sei die Schweiz verloren. Denn dieser fliege zuwenig hoch, sei zu langsam und ausserdem zu schlecht ausgerüstet 3.

Hilfe von den Nachbarn Die Schweiz könnte die Überwachung ihres Luftraums an «befreundete» Länder wie Deutschland oder Frankreich delegieren, lautet eine weitere Idee, die in der Debatte immer wieder aufkommt. Eine engere Zusammenarbeit sei zumindest prüfenswert, findet Priska Seiler Graf. Sollten sich die Nachbarländer eines Tages gegen die Schweiz wenden, «dann könnten wir ohnehin einpacken». Beispiele für Länder, die sich auf ihre Nachbarn verlassen, gibt es in Europa bereits. Slowenien und die baltischen Staaten unterhalten keine eigene Luftwaffe.

Sie vertrauen den Schutz ihres Luftraums Nachbarstaaten beziehungsweise der Nato an. Für die Schweiz sei das absolut undenkbar, sagt Hurter. Er glaube nicht, dass es die Bevölkerung goutieren würde, unter dem Protektorat eines anderen Staates zu stehen. «Dann wäre es vorbei mit der neutralen, souveränen Schweiz.» Zudem dürfe man nicht glauben, dass uns diese Variante billiger käme als der Kauf neuer Kampfflugzeuge.

Auch das VBS betont auf Anfrage, das Neutralitätsrecht verpflichte den neutralen Staat dazu, seine Selbstverteidigung sicherzustellen. 4: Doch noch ein Anlauf erleidet nach der Gripen-Beschaffung auch die aktuelle Kampfjet-Vorlage Schiffbruch, wird die Zeit laut den Befürwortern knapp. «Mit dem ganzen politischen Prozess dauert die Beschaffung neuer Kampfjets sieben bis zehn Jahre», sagt Hurter. Nochmals ein neues Projekt aufzugleisen, bevor die alten Kampfjets 2030 das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht haben, sei mehr als nur ambitioniert. Zudem zweifelt Thomas Hurter daran, dass ein neues, günstigeres Projekt bessere Chancen hätte.

«Es nützt nichts, immer neue Varianten aus dem Hut zu zaubern. Ein Nein im September müsste als Nein zur Armee interpretiert werden.» «Unsinn», kontert Priska Seiler Graf. Bei einer Ablehnung braucht es aus ihrer Sicht eine gründliche Evaluation. «Haben die Kosten das Projekt zu Fall gebracht? Will man aus politischen Gründen einen US-Jet verhindern? Oder hat unser Alternativkonzept mit den leichten Jets zusätzlich zum F/A-18 überzeugt?» Ziehe man die richtigen Schlüsse, sei es realistisch, eine neue Vorlage in wenigen Jahren ins Ziel zu bringen.

Theoretisch wäre es auch möglich, die Jets ohne vorgängige Volksabstimmung aus dem Armeebudget zu kaufen. Aufgrund der Vorgeschichte wäre ein öffentlicher Aufschrei aber wohl programmiert. 5: Bodluf priorisieren Wieder andere Stimmen sagen: Die Ära der Kampfjets sei vorbei. Sinnvoller sei es, in Drohnen oder einen Ausbau der bodengestützten Luftverteidigung (Bodluf) zu investieren. Laut dem VBS überzeugt aber keine dieser Optionen.

Die bodengestützte Luftverteidigung sei zwar geeignet, um Flugobjekte abzuschliessen, «nicht aber, um sie vor Ort zu identifizieren, zu warnen, abzudrängen oder zur Landung zu zwingen». Hurter sagt: «Ich möchte mir ja nicht ausmalen, wie die Öffentlichkeit reagieren würde, wenn man ein verirrtes Flugzeug abschiessen statt eskortieren würde!» Erleibe dabei: «Es gibt keinen Plan B.» Seiler Graf erwidert: «Es ist klar, dass sich die verschiedenen Elemente ergänzen. Die Frage ist, wovon es wie viel braucht.» Gehe man davon aus, dass Cruise Missiles, ballistische Raketen und Drohnen in Zukunft die grösste Gefahr darstellten, sei es gescheit, mehr in die bodengestützte Luftverteidigung und weniger in Jets zu investieren.